**Bodo: Von der Preiserhöhungspest im Monarchistennest**

Langenargen / Uhldingen-Mühlhofen – 11. Dezember 2018 Peter Groß

Die Zeit der Erinnerung an die 68er Studentenproteste ist vorbei, die von der wilden Zeit zeugenden Zeitzeugen nehmen wie gehabt ihre Blutdruck senkenden und beruhigenden Mittelchen - träumen von Uschi Obermaier. Inzwischen wird der Fachkräftemangel in der Bodensee Kultur- und Kreativwirtschaft größer. Stuttgart zu fad, zu blass, zu langweilig.

Die Nachwuchskräfte zieht es nach Berlin, Hamburg, Dresden, Karlsruhe, Mannheim. Am gegenüberliegenden Seeufer, in Konstanz, füllt der Kämmerer den Geldkoffer mit großen Scheinen, muss 653.000 Euro zusätzlich, ins von seemoz als Siechenhaus bezeichnete Bodenseeforum stecken. Im Bodenseekreis erhöht der Verkehrsverbund den Fahrpreis, der für Eltern schulpflichtiger Kinder besonders arg ausfällt oder auch für Studenten, die „über den See nach Konstanz müssen“. Bis zu 62,10 Euro (3 Waben) fallen monatliche Mehrkosten an. Nur, weil man auf der „falschen“ Seeseite wohnt. „Die eng strukturierte Kleinstaaterei im ÖPNV ist der Entwicklung unserer zukunftsfähigen Gesellschaft nicht nur abträglich, sondern massiv destruktiv zerstörend! Wem nutzt es?“ So lautet die E.T.I. Frage. „Solche (Verkehrsbürokraten Anm. Red.) propagieren Europa und trennen zwei benachbarte Landkreise.“ Nur weil sie nicht „miteinander können“?

In die sicher genannte e-Card investierten die Verkehrsunternehmen im bodo sechs Millionen Euro. Das Land Baden-Württemberg gab aus dem 3. Innovationsprogramm Fördermittel von über zwei Mio. Euro, die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg zusammen zwei weitere Millionen Euro. Dafür muss man ab dem Haltepunkt Sipplingen noch immer einen neuen Fahrschein zur Weiterfahrt in den benachbarten VHB Verbund lösen, bis Radolfzell oder Singen. Dafür muss man geduldig sein, voraussichtlich bis 2020, weil eine Rabattierung auf die Tageshöchstpreise zum neuen Jahr nicht möglich ist. Dafür können (wie im Vorjahr), 10.000 e-Card Nutzer vom 22.12. bis 26.12. gratis fahren. Man zeigt sich angesichts der e-Card Mängel wieder einmal großzügig, nur eben nicht für Berufspendler und Schüler, die wegen überfüllter, oder ausgefallener Bahnen und Busse viele Nachteile in Kauf nehmen müssen und wiederholt leer ausgehen.

„Die selbe Prozedur wie jedes Jahr, James“, wird Miss Sophie dem James auftragen. Noch im Mai erinnerte ein Leserbriefschreiber die freie Journalistin Katy Cuko daran, dass: „Mit dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung am 14. August 1919 alle Standesvorrechte des Adels abgeschafft wurden.“ Der gute Mann irrt, denn sie wurden nur ersetzt. Durch neue Standesbezeichnung wie Aufsichtsrat. In einem der ungefähr 22 Baden-Württembergischen Verkehrsverbünde oder auch einer Vielzahl kommunaler Unternehmen sitzen die, die von vielen Bürgern als Problem gesehen werden, weil sie nicht in der Lage sind, Wohnungen zu bauen oder Bahnen und Busse pünktlich fahren zu lassen. Nur an Geldvernichtungsprojekten werkeln sie, wie der Deutsche Bodensee Tourismus GmbH, deren Echt Bodensee Card oder dem e-Ticket. Investitionen, die so überflüssig sind wie Pickel am Hintern. Alle weiteren Bundesländer kommen mit einem großen Verbund aus, sparen bis 25 Prozent Ausgaben, fahren deutlich billiger und öfter.

Die ÖPNV Tarife kommen jährlich in Bewegung bei bodo Bodenseekreis. Um 35% in den Jahren 2008 bis 2018 stiegen die Tarife besonders bei Monatskarten. Längst übersteigen die Beträge das Leistungsvermögen von Auszubildenden oder Bufdi´s. Die Teilnehmer am sogenannten Bundesfreiwilligendienst erhalten im nächsten Jahr (2019) mit monatlich 402 Euro einen Höchstbetrag, der auch deutlich geringer ausfallen kann. Für das Schülerticket müssen monatlich 117,50 Euro (Gesamtnetz) bezahlt werden.

Wenn die Freizeitregelung für das Gesamtnetz vor 13:30 Uhr (bei weniger Waben) noch nicht in Anspruch genommen werden kann, entstehen viel zu oft Zusatzkosten in Höhe des Schüler - Normaltarifs, bei Abweichung vom direkten Weg zwischen Wohnung und Schule. Hier kann man augenscheinlich nicht einmal einen Anschlussfahrschein lösen, sondern das „Kind“ bezahlt ab dem Haltepunkt an dem es einsteigt den vollen Tarif.

Die Aktion Roter Punkt in Hannover machte 1969 bundesweit Schlagzeilen. Initiiert war sie von Studenten- und Schülerorganisationen (wie dem AStA der Technischen Universität) sowie linken Gruppen aus der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Später beteiligten sich große Bevölkerungsteile an der Aktion, zeitweise soll jedes zweite Auto einen roten Punkt geführt haben. Nach knapp 12 Tagen war das Ziel erreicht. Durch einen Ratsbeschluss der Stadt wurde ein drastisch reduzierter Einheitsfahrpreis eingeführt“ (Wikipedia: Rote Punkt Aktion). Ja, wenn der Großvater erzählt, von Rote Punkt Aktionen, die auch in Esslingen am Neckar, Heidelberg, Mannheim und Stuttgart stattfanden, leuchten die Kerzen auf dem Adventskranz gleich noch einmal so hell.

Da dienen sich die Bürgermeister und Gemeinderäte einem Regime an, das Geld frisst. Allein 3,8 Millionen kostet die Planung einer regionalen Traumvorstellung, die Ertüchtigung der Bodenseegürtelbahn. Bürgermeister und Räte schauen hilflos zu, werden vom Bund verhöhnt. Allein 10 Millionen Mehrkosten für die Strecke Ulm / Friedrichshafen nach Lindau. Das Land Baden-Württemberg ist durch eine Finanzierungsvereinbarung Bund-Bahn-Land mit 112,5 Millionen Euro beteiligt und dann? Im Jahr 2006 hieß es 90 Millionen kostet der Südbahn-Ausbau, im Jahr 2015 waren es 225 Millionen, im März 290 Millionen und jetzt nachdem Bahn- und Busnutzer jede Tariferhöhung klaglos hinnehmen, spricht man von 300 oder mehr Millionen Euro. Da ist noch kein Wagen oder Zug, kein Takt mehr finanziert. Von den üblichen Problemen ganz zu schweigen. Nur Touristen dürfen fern von jeder Preiserhöhung in 7 Gemeinden mit der Echt Bodensee Card für 75 Cent den ganzen bodo Verbund gratis nutzen. Wenn es denn aus Platzgründen möglich wäre. Ist es aber meist nicht.

Erst kürzlich verkündete der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, die Tarife nicht zu erhöhen, zum zweiten Mal in Folge. Der rot-rot-grüne Berliner Senat hatte sich in den Koalitionsvertrag geschrieben, die Preise einzufrieren, bis der Tarif grundlegend überarbeitet ist und Bahn- und Busfahren in der Region günstiger werden kann. Für Schüler in Hessen gibt es den Verkaufsschlager Schülerticket landesweit für 1 Euro/Tag.

Die Vielzahl der Verkehrsverbund – Kleinfürstentümer aufzulösen, eine reale, moderne Metropolregion zu entwickeln, die den Namen europäische Vierländerregion berechtigt trägt, bleibt neuen, modern denkenden politischen Kräften vorbehalten, für die der Tarif des Vorarlberger oder Wiener Verkehrsverbundes kein Hexenwerk ist. Sie nehmen „Rund um den See“ Fahrt auf, erinnern daran, dass unterschiedliche Eigenanteile bei Schülerfahrten dem EU Gleichheitsgrundsatz widersprechen. Von Konstanz bis Überlingen, von Uhldingen-Mühlhofen bis Langenargen tragen sie Namen wie BÜB+ oder Netzwerk für Friedrichshafen. Weitere vollenden die Namensfindung, füllen Kandidatenlisten in Langenargen oder Uhldingen – Mühlhofen. Wenn es gelingt, dass sich die Initiativen um einen Tisch versammeln und erfolgreich an der Gemeinderats- und Kreistagswahl teilnehmen, stehen die Chancen gut, dass Begriffe wie Gemeinwohl oder Daseinsvorsorge (zu denen der ÖPNV gehört) eine neue Bedeutung bekommen. Man wird sich dann fragen, was hinderte die Häuptlinge von den Besseren zu lernen?